

Allgemeine Einkaufsbedingungen CCL Völkermarkt GmbH

Stand: September 2024

1. Allgemeines, Geltungsbereich

1.1. Diese Allgemeinen Einkaufsbedingungen der CCL Völkermarkt GmbH ("EKB") sind Bestandteil der Verträge über Lieferungen und Leistungen zwischen dem Warenlieferanten bzw. Leistungserbringer ("Auftragnehmer") und der CCL Völkermarkt GmbH ("Auftraggeber").

1.2. Allgemeine Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers gelten nur, wenn und soweit der Auftraggeber sich unter ausdrücklicher Bezugnahme schriftlich mit diesen einverstanden erklärt. Der bloße Verweis auf ein Schreiben des Auftragnehmers, das seine Allgemeinen Geschäftsbedingungen enthält oder auf solche verweist, stellt kein Einverständnis des Auftraggebers mit der Geltung jener Allgemeinen Geschäftsbedingungen dar. Allgemeine Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers gelten auch dann nicht, wenn der Auftraggeber in Kenntnis entgegenstehender oder von diesen Allgemeinen Einkaufsbedingungen abweichender Allgemeiner Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers die Lieferung/Leistung vorbehaltlos annimmt.

2. Angebot

2.1. Angebote und Kostenvoranschläge des Auftragnehmers erfolgen unentgeltlich und begründen für den Auftraggeber keine Verpflichtungen.

2.2. Im Falle eines an den Auftraggeber gerichteten Angebotes ist der Auftragnehmer daran sechs (6) Wochen ab Zugang dieses Angebotes gebunden, sofern nicht eine längere Bindungsfrist vom Auftragnehmer zugesagt wurde.

2.3. Der Auftragnehmer wird in seinem Angebot auf eventuelle Abweichungen gegenüber der Anfrage des Auftraggebers ausdrücklich hinweisen und dem Auftraggeber Alternativen, die im Vergleich zur Anfrage technisch oder wirtschaftlich günstiger sind, zusätzlich anbieten.

3. Liefertermin, Änderungen von Lieferungen/Leistungen

3.1. Der Auftragnehmer hat die für die Lieferungen und Leistungen vereinbarten Termine einzuhalten. Für die Einhaltung des Liefertermins im Falle von Warenlieferungen ist die Lieferung der mangelfreien Ware an den Auftraggeber zu gewöhnlichen Geschäftszeiten mit den erforderlichen Versandpapieren an dem in der Bestellung benannten Ort ("Bestimmungsort") maßgebend. Ist eine Lieferung mit Montage/Service vereinbart, ist die Übergabe der mangelfreien Ware nach ordnungsgemäßer Ausführung der Montage/Service für die Einhaltung des Termins maßgeblich. Soweit eine Abnahme gesetzlich vorgesehen oder vertraglich vereinbart ist, ist der Zeitpunkt der Abnahme maßgeblich. Vorzeitige Lieferungen/Leistungen oder Teillieferungen/Teilleistungen bedürfen der vorherigen schriftlichen Zustimmung des Auftraggebers.

3.2. Erkennt der Auftragnehmer, dass er seine vertraglichen Verpflichtungen ganz oder teilweise nicht oder nicht rechtzeitig erfüllen kann, hat er den Auftraggeber darüber unverzüglich unter Angabe der Gründe und der voraussichtlichen Dauer der Verzögerung schriftlich zu unterrichten. Die vorbehaltlose Annahme einer verspäteten (Teil-) Lieferung/(Teil-) Leistung stellt keinen Verzicht des Auftraggebers auf Rechte oder Ansprüche wegen nicht rechtzeitiger (Teil-) Lieferung/(Teil-) Leistung dar.

3.3. Änderungen des Liefer- oder Leistungsgegenstandes bedürfen der vorherigen schriftlichen Freigabe des Auftraggebers. Sachlich gerechtfertigte und angemessene Änderungen der Leistungsanforderung bzw. Bestellung des Auftraggebers hat der Auftragnehmer zu tolerieren, wenn insgesamt keine 10 Prozent der Auftragssumme übersteigende Preis- bzw. Werklohnerrhöhung daraus resultiert. Die zusätzlichen Leistungen sind zu honorieren.

3.4. Der Auftragnehmer hat die für die Ausführung des Vertrages erforderlichen Unterlagen rechtzeitig beim Auftraggeber anzufordern und sofort nach Erhalt auf Vollständigkeit und Übereinstimmung zu überprüfen. Der Auftragnehmer hat dem Auftraggeber etwaige für den

Auftragnehmer ersichtliche Unstimmigkeiten unverzüglich schriftlich mitzuteilen.

4. Qualität

Der Auftragnehmer wird eine wirksame Qualitätssicherung durchführen, aufrechterhalten und dem Auftraggeber nach Aufforderung nachweisen. Der Auftragnehmer wird hierzu ein Qualitätssicherungssystem mit den Elementen der ISO 9001 oder gleichwertiger Art verwenden. Der Auftraggeber ist berechtigt, selbst oder durch vom Auftraggeber beauftragte Dritte das Qualitätssicherungssystem des Auftragnehmers nach Ankündigung zu überprüfen.

5. Einsatz von Subunternehmen

Der Einsatz von Dritten (insbesondere Subunternehmen jeglichen Grades), insbesondere auch am Standort des Auftraggebers, zur Vertragserfüllung sowie deren Austausch bedarf der vorherigen schriftlichen Zustimmung des Auftraggebers. Der Auftraggeber wird seine Zustimmung nicht ohne Grund verweigern. Ist seitens des Auftragnehmers von vornherein der Einsatz von Dritten bei der Vertragserfüllung beabsichtigt, hat der Auftragnehmer dies dem Auftraggeber bereits in seinem Angebot mitzuteilen.

6. Lieferung, Versand, Verpackung, Gefahrenübergang, Eigentumsübergang

6.1. Die Lieferung von Waren hat, sofern nichts anderes vereinbart ist, „DAP Bestimmungsort (Incoterms 2020)“ zu erfolgen. Der Lieferung sind, sofern nichts anderes vereinbart ist, der Lieferschein in zweifacher Ausführung, Packzettel, Reinigungsatteste und Prüfsertifikate gemäß den vereinbarten Spezifikationen und andere erforderliche Dokumente beizufügen. In allen Versandunterlagen und – bei verpackter Ware – auf der äußeren Verpackung sind – soweit bekannt – Bestellnummer, Brutto- und Nettogewicht, Anzahl der Packstücke und Art der Verpackung (Einweg/Mehrweg), Fertigstellungsdatum sowie Bestimmungsort (Abladestelle) und Warenempfänger und bei Projekten Jobnummer sowie Aufstellungsbau vollständig aufzuführen.

6.2. Bei Drittlandslieferungen (Importen) ist in den Versandpapieren der Auftraggeber als Importeur (Zollanmelder) zu vermerken. Der Auftragnehmer hat ihn mit allen Dokumenten und Informationen zu unterstützen, die notwendig sind, um eine vollständige und korrekte Importzollerklärung zu erstellen und sie bei den zuständigen Zollbehörden in Übereinstimmung mit den Zollbestimmungen des Einfuhrlandes abzugeben.

6.3. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, den Auftraggeber schriftlich über den prozentualen Anteil der Waren und Dienstleistungen mit US Ursprung zu informieren.

6.4. Der Auftragnehmer hat die Interessen des Auftraggebers beim Versand sorgfältig zu wahren. Die Waren sind mit am Bestimmungsort zugelassenen Verpackungsmaterialien so zu verpacken, dass Transportschäden vermieden werden. Für Schäden infolge unsachgemäßer Verpackung haftet der Auftragnehmer nach den gesetzlichen Bestimmungen.

6.5. Der Auftragnehmer wird bei Inlandslieferungen auf Verlangen des Auftraggebers anfallende Um-, Transport- und Verkaufsverpackungen am Bestimmungsort abholen oder durch Dritte abholen lassen.

6.6. Der Auftragnehmer hat gefährliche Produkte nach den einschlägigen nationalen und internationalen Vorschriften zu verpacken, zu kennzeichnen und zu versenden.

6.7. Bis zur Ankunft der vertragsgemäßen Ware am Bestimmungsort mit den in Ziffern 6.1 und 6.2 genannten Dokumenten trägt der Auftragnehmer die Gefahr des Verlustes oder der Beschädigung. Ist eine Lieferung mit Montage/Service vereinbart, erfolgt der Gefahrübergang nach ordnungsgemäßer Ausführung der Montage/Service und Übergabe.

6.8. Ist eine Abnahme gesetzlich vorgesehen oder vertraglich vereinbart, erfolgt der Gefahrübergang mit Abnahme durch den Auftraggeber. Ist eine förmliche Abnahme vereinbart, findet der

Gefahrübergang nicht vor Bestätigung der erfolgreichen Abnahme durch den Auftraggeber in dem Abnahmeprotokoll statt. Die Zahlung von Rechnungsbeträgen ersetzt nicht die förmliche Abnahme.

6.9. Der Eigentumserwerb richtet sich nach den gesetzlichen Bestimmungen.

7. Beschaffenheit der Lieferung/Leistung, Mängelrüge, Rechte bei Mängeln

7.1. Der Auftragnehmer schuldet die Mängelfreiheit der Lieferungen und Leistungen, insbesondere die Einhaltung der vereinbarten Produkt- bzw. Leistungsspezifikationen, sowie darüber hinaus das Vorhandensein vertraglich garantierter Eigenschaften und Merkmale. Der Auftragnehmer steht außerdem dafür ein, dass die Lieferungen und Leistungen dem Stand der Technik und – sofern relevant – dem allgemein anerkannten Stand der Sicherheitstechnik, Arbeitsmedizin und Hygiene entsprechen, mit qualifiziertem Personal erbracht werden und im Einklang mit allen einschlägigen Rechtsvorschriften am Bestimmungsort stehen und/oder erbracht werden. Sind Maschinen, Geräte oder Anlagen Gegenstand der Lieferung, müssen diese den Anforderungen der zum Zeitpunkt der Vertragserfüllung geltenden besonderen Sicherheitsbestimmungen für Maschinen, Geräte und Anlagen entsprechen und eine CE-Kennzeichnung besitzen.

7.2. Für den Auftraggeber besteht keine Verpflichtung zur Untersuchung und Rüge gemäß § 377 UGB.

7.3. Ist eine Abnahme durch den Auftraggeber gesetzlich vorgesehen oder vertraglich vereinbart, kann der Auftraggeber die Erklärung der Abnahme verweigern und eine eventuell an sie gekoppelte Abschlagszahlung zurückhalten, wenn die Leistung nicht vollständig erbracht oder mangelhaft ist. Dies gilt auch im Falle eines vereinbarten Abnahmetermins oder einer vom Auftragnehmer dem Auftraggeber gesetzten Frist zur Abnahme.

7.4. Der Auftraggeber ist bei Mängeln berechtigt, Nacherfüllung nach den gesetzlichen Bestimmungen zu verlangen. Die Wahl der Art der Nacherfüllung liegt beim Auftraggeber. Ort der Nacherfüllung ist nach Wahl des Auftraggebers der Bestimmungsort bzw. der Ort der Abnahme, wenn eine solche gesetzlich vorgesehen oder vertraglich vereinbart ist oder ein anderer Verbringungsort der Ware, soweit dieser dem Auftragnehmer bei Vertragsschluss bekannt war. Der Auftragnehmer hat im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen die zur Nacherfüllung erforderlichen Aufwendungen zu tragen. Der Auftragnehmer hat sich bei der Abwicklung der Nacherfüllung nach den betrieblichen Belangen des Auftraggebers zu richten. Ist die Nacherfüllung nicht innerhalb angemessener Frist erfolgt, ist sie fehlgeschlagen oder war die Fristsetzung entbehrlich, kann der Auftraggeber die weiteren gesetzlichen Rechte bei Mängeln geltend machen.

7.5. Ist die Nacherfüllung nicht innerhalb angemessener Frist erfolgt, ist sie fehlgeschlagen oder war die Fristsetzung entbehrlich, ist der Auftraggeber zusätzlich zu den in Ziffer 7.4 genannten Rechten berechtigt, den Mangel auf Kosten und Gefahr des Auftragnehmers selbst zu beseitigen oder durch Dritte beseitigen zu lassen und vom Auftragnehmer den Ersatz der erforderlichen Aufwendungen zu verlangen. Eine Fristsetzung ist insbesondere dann entbehrlich, wenn unverhältnismäßig hohe Schäden drohen und der Auftragnehmer nicht erreichbar ist. Im Übrigen gelten die gesetzlichen Bestimmungen. Weitere Rechte des Auftraggebers aus gesetzlicher Mängelhaftung oder vom Auftragnehmer übernommenen Garantien bleiben unberührt.

7.6. Mängelansprüche verjähren in dreißig (30) Monaten ab Gefahrübergang, es sei denn es gilt eine längere gesetzliche Frist. Ein Verzicht auf Mängelansprüche seitens des Auftraggebers ist nur wirksam, wenn er ausdrücklich und schriftlich erklärt ist.

8. Vertragsstrafe

Für den Fall des Verzuges wird eine Vertragsstrafe vereinbart, die nicht als Reuegeld anzusehen ist. Sie beträgt für jeden begonnenen Kalendertag bei bis zu 5 Kalendertagen Verzug 0,5 Prozent, darüber hinaus 0,6 Prozent der gesamten Auftragssumme. Die Gesamtsumme der Vertragsstrafe darf 5 Prozent der Auftragssumme nicht übersteigen

und unterliegt dem richterlichen Mäßigungsrecht. Ein die Vertragsstrafe übersteigender, schuldhaft herbeigeführter Schaden ist zu ersetzen.

9. Haftung, Versicherung

9.1. Haftungsausschlüsse des Auftragnehmers, insbesondere aus dem Titel Gewährleistung oder Schadenersatz, werden nicht akzeptiert.

9.2. Sofern in diesen EKB nicht anderweitig geregelt, haftet der Auftragnehmer nach den gesetzlichen Bestimmungen.

9.3. Ein Ausschluss einer Regressforderung gemäß § 12 PHG wird vom Auftraggeber nicht akzeptiert.

9.4. Der Auftragnehmer hat für Schäden, die von ihm und seinen Erfüllungs- und Verrichtungsgehilfen zu verantworten sind, eine ausreichende Haftpflichtversicherung auf seine Kosten aufrecht zu erhalten. Die Höhe der Deckungssumme je Schadensereignis ist dem Auftraggeber auf Verlangen nachzuweisen. Die vertragliche und gesetzliche Haftung des Auftragnehmers bleibt durch Umfang und Höhe seines Versicherungsschutzes unberührt.

9.5. Im Übrigen bedürfen Abweichungen von den gesetzlichen Bestimmungen – Schadenersatz oder Gewährleistung betreffend – wie etwa Änderungen der Beweislastverteilung, Verkürzung von Fristen und dergleichen für ihre Wirksamkeit der ausdrücklichen, schriftlichen bzw. per E-Mail abgegebenen Zustimmung des Auftraggebers im Einzelfall.

10. Rechnung, Zahlung

10.1. Die vereinbarten Preise sind Nettopreise zuzüglich etwaiger gesetzlich geschuldeter Umsatzsteuer. Über die erfolgten Lieferungen und Leistungen sind Rechnungen auszustellen, die den jeweils gültigen gesetzlichen Anforderungen an Rechnungen nach dem Mehrwert- oder Umsatzsteuerrecht der Staaten entsprechen, deren Mehrwert- oder Umsatzsteuerrecht die in Rechnung gestellten Lieferungen/Leistungen unterliegen. Ist Anwendung des Gutschriftverfahrens vereinbart, hat der Auftragnehmer dem Auftraggeber alle Daten zu übermitteln, die erforderlich sind, um den vorab aufgeführten Anforderungen des anwendbaren Mehrwertsteuerrechts zu genügen.

10.2. Der Auftragnehmer hat pro Bestellung eine prüfbare Rechnung zu erstellen, die alle gesetzlich vorgeschriebenen Pflichtangaben nach dem anwendbaren Recht enthalten muss. Auf der Rechnung ist die vollständige Bestellnummer des Auftraggebers und, sofern vorhanden, die Lieferscheinnummer des Auftragnehmers anzugeben. Der Rechnung sind Leistungsnachweise und andere Nachweisdokumente beizufügen. Rechnungen haben den Angaben in der Bestellung hinsichtlich Warenbezeichnung, Preis, Menge, Reihenfolge der Positionen und Positionsnummer zu entsprechen. Die Rechnung ist an die in der Bestellung des Auftraggebers genannte Rechnungsadresse zu übermitteln.

10.3. Abschlagszahlungen leistet der Auftraggeber nur, wenn solche vertraglich vereinbart sind und die Fälligkeitsvoraussetzungen vorliegen.

10.4. Zahlungsfristen laufen, sofern nichts anderes vereinbart ist, ab dem Zeitpunkt des Eingangs von Rechnungen, die den vorgenannten Anforderungen entsprechen, bzw. bei Anwendung des Gutschriftverfahrens ab dem Datum der Erstellung der Gutschrift. Die Zahlung erfolgt vorbehaltlich der Feststellung der Vertragsgemäßheit und Vollständigkeit der Lieferung/Leistung.

10.5. Zahlungen bedeuten keine Anerkennung von in der Rechnung ausgewiesenen Bedingungen und Preisen und lassen die Rechte des Auftraggebers wegen nicht ordnungsgemäß erbrachter Lieferung/Leistung, die Prüfungsrechte des Auftraggebers sowie das Recht, eine Rechnung aus anderen Gründen zu beanstanden, unberührt.

11. Weitergabe von Bestellungen, Abtretung, Aufrechnung, Zurückbehaltung

11.1. Der Auftragnehmer darf die Rechte und Pflichten aus dem Vertrag mit dem Auftraggeber nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung des Auftraggebers auf Dritte übertragen.

11.2. Der Auftragnehmer hat dem Auftraggeber jeden kraft Gesetzes eintretenden Vertragsübergang unverzüglich schriftlich mitzuteilen.

11.3. Der Auftragnehmer ist nur berechtigt mit aus diesem Vertragsverhältnis stammenden, gegenseitigen Forderungen sowie mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen aufzurechnen. Ein Zurückbehaltungsrecht steht dem Auftragnehmer nur zu, wenn die Forderung, wegen der das Zurückbehaltungsrecht geltend gemacht wird, aus demselben Vertragsverhältnis stammt.

12. Kündigung, Rücktritt

12.1. Das Recht des Auftraggebers zur ordentlichen Kündigung oder zum Rücktritt vom Vertrag richtet sich, sofern einzelvertraglich keine Regelung getroffen worden ist, nach den gesetzlichen Bestimmungen.

12.2. Eine Kündigung aus wichtigem Grund steht jeder Vertragspartei zu. Ein wichtiger Grund zur Kündigung durch den Auftraggeber liegt insbesondere vor, wenn - der Auftragnehmer eine Pflichtverletzung begeht und nicht binnen einer vom Auftraggeber gesetzten angemessenen Frist und Kündigungsandrohung Abhilfe schafft oder erfolglos abgemahnt worden ist und deshalb der kündigenden Partei die Fortsetzung des Vertragsverhältnisses nicht zugemutet werden kann; eine Pflichtverletzung liegt insbesondere vor, wenn der Auftragnehmer gegen seine Verpflichtungen gemäß Punkt 5 dieser EKB verstößt, oder

- das Vertrauensverhältnis auf Grund nach Vertragsschluss eingetretener Umstände, z. B. wegen einer im Zuge der Vertragsausführung begangenen Verletzung von Strafgesetzen oder Begehung von Verwaltungsübertretungen durch den Auftragnehmer oder von ihm zur Vertragsausführung eingesetzter Dritter, erheblich und nachhaltig gestört ist und es deshalb der kündigenden Partei die Fortsetzung des Vertragsverhältnisses nicht zugemutet werden kann, oder

- beim Auftragnehmer eine wesentliche Vermögensverschlechterung eingetreten ist, die die Vertragserfüllung gefährdet oder

- der Auftragnehmer seiner Pflicht zur Abführung von Steuern oder Sozialversicherungsbeiträgen nicht nachkommt oder

- andere Umstände vorliegen, die es dem Auftraggeber unzumutbar machen, den Vertrag mit dem Auftragnehmer fortzusetzen.

12.3. In Fällen der Kündigung aus wichtigem Grund nach Ziffer 12.2 werden die vom Auftragnehmer bis zum Zeitpunkt der Kündigung bereits nachweislich erbrachten vertragsgemäßen Leistungen gegen Vorlage der maßgeblichen Belege vergütet. Bereits durch den Auftraggeber geleistete Zahlungen werden auf die Vergütung angerechnet bzw. sind im Fall von Überzahlungen zurückzuerstatten. Weitere gesetzlich vorgesehene Rechte und Ansprüche des Auftraggebers, insbesondere auf Schadenersatz, bleiben unberührt.

12.4. Hat der Auftragnehmer vom Auftraggeber im Rahmen der vertraglichen Zusammenarbeit oder zum Zwecke von dessen Ausführung Dokumente, Unterlagen, Pläne und Zeichnungen erlangt, so hat er diese im Fall der Kündigung durch einen Vertragspartner dem Auftraggeber unverzüglich auszuhändigen. Dies gilt entsprechend im Falle des Rücktritts vom Vertrag.

13. Schutz von geistigem Eigentum/Geheimhaltung

13.1. Der Auftragnehmer steht dafür ein, dass die Lieferung und/oder Leistung des Auftragnehmers und deren vertragsgemäße Nutzung keine Patentrechte, Urheberrechte oder sonstige Schutzrechte Dritter verletzen. Unbeschadet sonstiger gesetzlicher Ansprüche stellt der Auftragnehmer den Auftraggeber von allen Ansprüchen Dritter frei, die gegen den Auftraggeber wegen Verletzung oben genannter Schutzrechte geltend gemacht werden, wenn diese auf einer schuldhaften Pflichtverletzung des Auftragnehmers beruhen. Lizenzgebühren, Aufwendungen und Kosten, die dem Auftraggeber zur Vermeidung

und/oder Beseitigung von Schutzrechtsverletzungen entstehen, trägt in diesem Fall der Auftragnehmer.

13.2. Vom Auftraggeber zur Verfügung gestellte Pläne, Skizzen und sonstige Unterlagen wie Prospekte, Kataloge, Muster, Präsentationen und ähnliches bleiben im geistigen Eigentum des Auftraggebers. Jede Verwendung, insbesondere die Weitergabe, Vervielfältigung, Veröffentlichung und Zurverfügungstellung einschließlich des auch nur auszugsweisen Kopierens, bedarf der ausdrücklichen Zustimmung des Auftraggebers.

13.3. Sämtliche oben angeführten Unterlagen können jederzeit vom Auftraggeber zurückgefordert werden und sind jedenfalls unverzüglich unaufgefordert zurückzustellen, wenn ein Vertragsverhältnis nicht zustande kommt.

13.4. Der Auftragnehmer verpflichtet sich im Übrigen zur Geheimhaltung des ihm aus der Geschäftsbeziehung zugegangenen Wissens Dritten gegenüber. Diese Verpflichtung ist auch an MitarbeiterInnen und allfälligen Subunternehmen zu überbinden.

13.5. Werden vom Auftragnehmer Unterlagen oder Leistungen erstellt und dem Auftraggeber zur Verfügung gestellt, die Rechtsschutz einschließlich Urheberrechtsschutz genießen, gilt folgendes: Sofern dies für die Erfüllung des Vertragszweckes notwendig ist, räumt der Auftragnehmer dem Auftraggeber im Falle eines Vertragsabschlusses mangels ausdrücklicher gegenteiliger Vereinbarung ein uneingeschränktes, jedoch nicht ausschließliches, Nutzungsrecht an diesen ein bzw. gilt ein solches als vereinbart.

14. Compliance

14.1. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, alle gesetzlichen Bestimmungen in ihrer jeweiligen gültigen Fassung einzuhalten, die im Rahmen unserer Geschäftsbeziehung auf ihn Anwendung finden. Dies gilt insbesondere, aber nicht ausschließlich, in Bezug auf die strikte Befolgung der Regelungen der Datenschutzgrundverordnung der Europäischen Union sowie die Einhaltung wettbewerbsrechtlicher und umweltrechtlicher Vorschriften. Falls die Verpflichtungen gemäß dieser Klausel vom Auftragnehmer nicht erfüllt werden, behaltet sich der Auftraggeber das Recht vor, den Vertrag mit sofortiger Wirkung zu kündigen.

14.2. Der Auftragnehmer stellt den Auftraggeber hiermit von allen Ansprüchen infolge der Nichteinhaltung der gesetzlichen Regelungen durch den Auftragnehmer im Rahmen unserer Geschäftsbeziehungen frei.

15. Werbeverbot, Gerichtsstand, Anwendbares Recht

15.1. Der Auftragnehmer darf nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung des Auftraggebers oder soweit dies für die Vertragsausführung unumgänglich ist, auf die bestehende Geschäftsverbindung mit dem Auftraggeber hinweisen.

15.2. Ausschließlicher Gerichtsstand ist für alle sich aus dem Vertragsverhältnis ergebenden Streitigkeiten das Landesgericht Feldkirch, Österreich. Auf das Vertragsverhältnis findet österreichisches Recht Anwendung. UN-Kaufrecht ist ausgeschlossen.

15.3. Durch etwaige Unwirksamkeit einer oder mehrerer Bestimmungen wird die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen nicht berührt.

General Terms and Conditions of Purchase CCL Völkermarkt GmbH

Status: September 2024

1. General, Scope

1.1. These General Terms and Conditions of Purchase of CCL Völkermarkt GmbH ("GTC") are an integral part of the contracts for deliveries and services between the goods supplier or service provider ("Contractor") and CCL Völkermarkt GmbH ("Client").

1.2. General terms and conditions of the Contractor shall only apply if and to the extent that the Client has expressly agreed to them in writing with explicit reference to them. The mere reference to a letter from the Contractor containing or referring to its general terms and conditions does not constitute the Client's consent to the validity of those general terms and conditions. The Contractor's general terms and conditions shall also not apply if the Client unconditionally accepts the delivery/service in knowledge of conflicting general terms and conditions of the Contractor or general terms and conditions of the Contractor deviating from these General Terms and Conditions of Purchase.

2. Offer

2.1. Offers and cost estimates of the Contractor are free of charge and do not create any obligations for the Client.

2.2. In the event of an offer addressed to the Client, the Contractor shall be bound by it for six (6) weeks from receipt of this offer, unless a longer binding period has been promised by the Contractor.

2.3. In its offer, the Contractor shall expressly point out any deviations from the Client's request and additionally offer the Client alternatives that are technically or economically more favorable compared to the request.

3. Delivery Date, Changes to Deliveries/Services

3.1. The Contractor must adhere to the dates agreed for the deliveries and services. For compliance with the delivery date in the case of goods deliveries, the delivery of the defect-free goods to the Client during normal business hours with the required shipping documents at the place specified in the order ("Place of Destination") shall be decisive. If a delivery with assembly/service is agreed, the handover of the defect-free goods after proper execution of the assembly/service shall be decisive for compliance with the date. If acceptance is required by law or contractually agreed, the time of acceptance shall be decisive. Early deliveries/services or partial deliveries/partial services require the prior written consent of the Client.

3.2. If the Contractor recognizes that it cannot fulfill its contractual obligations in whole or in part or not on time, it must inform the Client immediately in writing, stating the reasons and the expected duration of the delay. The unconditional acceptance of a delayed (partial) delivery/(partial) service does not constitute a waiver by the Client of rights or claims due to late (partial) delivery/(partial) service.

3.3. Changes to the subject matter of the delivery or service require the prior written approval of the Client. The Contractor shall tolerate factually justified and reasonable changes to the service requirement or order of the Client if, overall, this does not result in a price or wage increase exceeding 10 percent of the order sum. The additional services shall be remunerated.

3.4. The Contractor must request the documents required for the execution of the contract from the Client in good time and check them immediately upon receipt for completeness and conformity. The Contractor must notify the Client immediately in writing of any inconsistencies apparent to the Contractor.

4. Quality

The Contractor shall implement and maintain effective quality assurance and provide evidence of this to the Client upon request. For this purpose, the Contractor shall use a quality assurance system with the elements of ISO 9001 or equivalent. The Client is entitled to check the Contractor's quality assurance system itself or through third parties commissioned by the Client after notification.

5. Use of Subcontractors

The use of third parties (in particular subcontractors of any level), especially at the Client's location, for the fulfillment of the contract as well as their replacement requires the prior written consent of the Client. The Client will not refuse its consent without reason. If the Contractor intends to use third parties in the fulfillment of the contract from the outset, the Contractor must notify the Client of this in its offer.

6. Delivery, Shipping, Packaging, Transfer of Risk, Transfer of Ownership

6.1. Unless otherwise agreed, the delivery of goods shall be "DAP Place of Destination (Incoterms 2020)". Unless otherwise agreed, the delivery shall be accompanied by the delivery note in duplicate, packing slip, cleaning certificates and test certificates in accordance with the agreed specifications and other required documents. All shipping documents and - in the case of packaged goods - on the outer packaging shall - as far as known - fully state the order number, gross and net weight, number of packages and type of packaging (one-way/multi-way), completion date as well as place of destination (unloading point) and recipient of goods and, in the case of projects, job number and installation structure.

6.2. In the case of third-country deliveries (imports), the Client shall be noted as the importer (customs declarant) in the shipping documents. The Contractor shall support it with all documents and information necessary to prepare a complete and correct import customs declaration and submit it to the competent customs authorities in accordance with the customs regulations of the importing country.

6.3. The Contractor is obliged to inform the Client in writing about the percentage of goods and services with US origin.

6.4. The Contractor shall carefully protect the interests of the Client during shipping. The goods shall be packed with packaging materials approved at the place of destination in such a way that transport damage is avoided. The Contractor shall be liable for damages resulting from improper packaging in accordance with the statutory provisions.

6.5. For domestic deliveries, the Contractor shall, at the request of the Client, collect or have collected by third parties any accumulating repacking, transport and sales packaging at the place of destination.

6.6. The Contractor shall pack, label and ship dangerous products in accordance with the relevant national and international regulations.

6.7. Until the arrival of the contractually compliant goods at the place of destination with the documents mentioned in clauses 6.1 and 6.2, the Contractor shall bear the risk of loss or damage. If a delivery with assembly/service is agreed, the risk shall pass after proper execution of the assembly/service and handover.

6.8. If acceptance is required by law or contractually agreed, the risk shall pass upon acceptance by the Client. If a formal acceptance is agreed, the transfer of risk shall not take place before confirmation of the successful acceptance by the Client in the acceptance protocol. The payment of invoice amounts does not replace the formal acceptance.

6.9. The acquisition of ownership is governed by the statutory provisions.

7. Quality of Delivery/Service, Notification of Defects, Rights in Case of Defects

7.1. The Contractor warrants that the deliveries and services are free from defects, in particular that the agreed product or service specifications are met, as well as the existence of contractually guaranteed properties and characteristics. The Contractor also warrants that the deliveries and services comply with the state of the art and - if relevant - the generally accepted state of safety technology, occupational medicine and hygiene, are provided with qualified personnel and are in accordance with all relevant legal regulations at the place of destination and/or are provided. If machines, devices or plants are the subject of the delivery, they must comply with the requirements of the special safety regulations for machines, devices and plants applicable at the time of performance of the contract and have a CE marking.

7.2. The Client has no obligation to inspect and give notice of defects in accordance with § 377 UGB [Austrian Commercial Code].

7.3. If acceptance by the Client is required by law or contractually agreed, the Client may refuse to declare acceptance and withhold any down payment linked to it if the service has not been provided in full or is defective. This also applies in the event of an agreed acceptance date or a deadline set by the Contractor for acceptance by the Client.

7.4. In the event of defects, the Client is entitled to demand subsequent performance in accordance with the statutory provisions. The choice of the type of subsequent performance lies with the Client. The place of subsequent performance is, at the Client's option, the place of destination or the place of acceptance, if such is required by law or contractually agreed, or another place of delivery of the goods, provided that this was known to the Contractor at the time of conclusion of the contract. Within the scope of the statutory provisions, the Contractor shall bear the expenses required for subsequent performance. The Contractor shall comply with the Client's operational requirements when processing the subsequent performance. If the subsequent performance has not taken place within a reasonable period, has failed or the setting of a deadline was dispensable, the Client may assert the further statutory rights in the event of defects.

7.5. If the subsequent performance has not taken place within a reasonable period, has failed or the setting of a deadline was dispensable, the Client is entitled, in addition to the rights mentioned in clause 7.4, to remedy the defect itself at the expense and risk of the Contractor or to have it remedied by third parties and to demand reimbursement of the necessary expenses from the Contractor. Setting a deadline is particularly dispensable if disproportionately high damages are threatened and the Contractor is not reachable. Otherwise, the statutory provisions apply. Further rights of the Client arising from statutory liability for defects or guarantees assumed by the Contractor remain unaffected.

7.6. Claims for defects expire thirty (30) months after the transfer of risk, unless a longer statutory period applies. A waiver of claims for defects on the part of the Client is only effective if it is declared expressly and in writing.

8. Contractual Penalty

In the event of default, a contractual penalty is agreed, which is not to be regarded as a forfeit. It amounts to 0.5 percent of the total order sum for each commenced calendar day for up to 5 calendar days of delay, and 0.6 percent beyond that. The total amount of the contractual penalty may not exceed 5 percent of the order sum and is subject to judicial mitigation. Any damage caused by fault exceeding the contractual penalty shall be compensated.

9. Liability, Insurance

9.1. Exclusions of liability of the Contractor, in particular from the title of warranty or damages, are not accepted.

9.2. Unless otherwise stipulated in these GTC, the Contractor shall be liable in accordance with the statutory provisions.

9.3. An exclusion of a recourse claim according to § 12 PHG [Product Liability Act] is not accepted by the Client.

9.3. The Contractor shall maintain adequate liability insurance at its own expense for damages for which it and its vicarious agents are responsible. The amount of the coverage per event of damage shall be proven to the Client upon request. The contractual and statutory liability of the Contractor remains unaffected by the scope and amount of its insurance coverage.

9.4. Furthermore, deviations from the statutory provisions - concerning damages or warranty - such as changes in the burden of proof, shortening of deadlines and the like require the express, written or e-mail consent of the Client in individual cases for their effectiveness.

10. Invoice, Payment

10.1. The agreed prices are net prices plus any statutory value added tax owed. Invoices shall be issued for the deliveries and services rendered, which comply with the respectively valid legal requirements for invoices under the value added tax or sales tax law of the states whose value added tax or sales tax law the invoiced deliveries/services are subject to. If the application of the credit note procedure is agreed, the Contractor shall transmit to the Client all data necessary to meet the aforementioned requirements of the applicable value added tax law.

10.2. The Contractor shall create a verifiable invoice per order, which must contain all legally required mandatory information according to the applicable law. The invoice must state the complete order number of the Client and, if available, the delivery note number of the Contractor. The invoice shall be accompanied by proofs of performance and other supporting documents. Invoices shall correspond to the information in the order with regard to product designation, price, quantity, order of items and item number. The invoice shall be sent to the invoice address stated in the Client's order.

10.3. The Client shall only make down payments if such are contractually agreed and the conditions for payment are met.

10.4. Payment periods run, unless otherwise agreed, from the time of receipt of invoices that meet the aforementioned requirements, or, if the credit note procedure is applied, from the date of creation of the credit note. Payment is made subject to the determination of the contractual conformity and completeness of the delivery/service.

10.5. Payments do not constitute recognition of conditions and prices shown in the invoice and do not affect the rights of the Client due to improperly rendered delivery/service, the audit rights of the Client as well as the right to object to an invoice for other reasons.

11. Transfer of Orders, Assignment, Set-off, Retention

11.1. The Contractor may only transfer the rights and obligations from the contract with the Client to third parties with the prior written consent of the Client.

11.2. The Contractor shall notify the Client immediately in writing of any transfer of contract occurring by law.

11.3. The Contractor is only entitled to set off with mutual claims arising from this contractual relationship as well as with undisputed or legally established claims. The Contractor is only entitled to a right of retention if the claim on account of which the right of retention is asserted arises from the same contractual relationship.

12. Termination, Withdrawal

12.1. The Client's right to ordinary termination or withdrawal from the contract is governed by the statutory provisions, unless a provision has been made in an individual contract.

12.2. Each contracting party is entitled to termination for good cause. An important reason for termination by the Client exists in particular if - the Contractor commits a breach of duty and does not remedy it within a reasonable period set by the Client and with threat of termination or has been unsuccessfully warned and therefore the continuation of the contractual relationship cannot be reasonably expected of the terminating party; a breach of duty exists in particular if the Contractor violates its obligations according to point 5 of these GTC, or

- the relationship of trust has been significantly and sustainably disturbed due to circumstances arising after the conclusion of the contract, e.g. due to a violation of criminal laws or commission of administrative offenses by the Contractor or third parties employed by it for the execution of the contract, and therefore the continuation of the contractual relationship cannot be reasonably expected of the terminating party, or

- a significant deterioration of the Contractor's financial situation has occurred, which endangers the performance of the contract, or

- the Contractor fails to comply with its obligation to pay taxes or social security contributions, or

- other circumstances exist that make it unreasonable for the Client to continue the contract with the Contractor.

12.3. In cases of termination for good cause according to clause 12.2, the contractually compliant services already demonstrably rendered by the Contractor up to the time of termination shall be remunerated against presentation of the relevant documents. Payments already made by the Client shall be credited against the remuneration or shall be reimbursed in the event of overpayments. Further statutory rights and claims of the Client, in particular for damages, remain unaffected.

12.4. If the Contractor has obtained documents, records, plans and drawings from the Client within the scope of the contractual cooperation or for the purpose of its execution, it shall hand them over to the Client immediately in the event of termination by a contracting party. This applies accordingly in the event of withdrawal from the contract.

13. Protection of Intellectual Property/Confidentiality

13.1. The Contractor warrants that the delivery and/or service of the Contractor and its contractual use do not infringe any patents, copyrights or other intellectual property rights of third parties. Without prejudice to other legal claims, the Contractor shall indemnify the Client against all claims by third parties asserted against the Client for infringement of the aforementioned intellectual property rights, if these are based on a culpable breach of duty by the Contractor. License fees, expenses and costs incurred by the Client to avoid and/or eliminate infringements of intellectual property rights shall be borne by the Contractor in this case.

13.2. Plans, sketches and other documents such as brochures, catalogs, samples, presentations and the like provided by the Client shall remain the intellectual property of the Client. Any use, in particular the transfer, duplication, publication and provision, including copying even in part, requires the express consent of the Client.

13.3. All of the above-mentioned documents can be reclaimed by the Client at any time and must in any case be returned immediately without being requested if a contractual relationship does not come into effect.

13.4. The Contractor also undertakes to maintain secrecy vis-à-vis third parties with regard to the knowledge acquired from the business relationship. This obligation must also be transferred to employees and any subcontractors.

13.5. If documents or services are created by the Contractor and made available to the Client, which enjoy legal protection including copyright

protection, the following applies: If this is necessary for the fulfillment of the contractual purpose, the Contractor grants the Client an unrestricted, but non-exclusive, right of use to these in the event of a contract being concluded, in the absence of an express agreement to the contrary, or such a right shall be deemed to have been agreed.

14. Compliance

14.1. The Contractor undertakes to comply with all statutory provisions in their respective valid version that apply to it within the scope of our business relationship. This applies in particular, but not exclusively, to the strict observance of the regulations of the General Data Protection Regulation of the European Union and compliance with antitrust and environmental regulations. If the obligations under this clause are not fulfilled by the Contractor, the Client reserves the right to terminate the contract with immediate effect.

14.2. The Contractor hereby indemnifies the Client against all claims resulting from the Contractor's non-compliance with statutory regulations within the scope of our business relationships.

15. Prohibition of Advertising, Place of Jurisdiction, Applicable Law

15.1. The Contractor may only refer to the existing business relationship with the Client with the prior written consent of the Client or to the extent that this is unavoidable for the execution of the contract.

15.2. The exclusive place of jurisdiction for all disputes arising from the contractual relationship is the Regional Court of Feldkirch, Austria. Austrian law shall apply to the contractual relationship. The UN Convention on Contracts for the International Sale of Goods is excluded.

15.3. The effectiveness of the remaining provisions shall not be affected by any invalidity of one or more provisions.